

Göttinger Erklärung der CDU Deutschlands

Kurswechsel für Deutschland

Deutschland braucht eine Politik, die den Anspruch hat, zu gestalten statt immer nur Brände zu löschen; die den Mut hat, Wahrheiten auszusprechen statt sie durch Lügen zu verdecken; die dem Einzelnen was zutraut und der Gemeinschaft Infrastruktur, Sozialleistungen und Schutz bietet. Es ist nicht Aufgabe des Staates, alle Lebenssachverhalte zu kontrollieren und durch Gesetze und Vorschriften zu regeln. Vielmehr müssen sich Bund, Länder und Kommunen wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Rot-Grün bleibt weit hinter diesen Ansprüchen zurück. Das Grundübel dieser Bundesregierung ist der sozialistische Denkansatz, dass der Staat alles besser kann und dem Einzelnen nichts zugetraut wird. Mit dem Satz des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag „weniger für den privaten Konsum – und dem Staat Geld geben“ wird die große Unterscheidungslinie zwischen SPD auf der einen und der Union auf der anderen Seite überdeutlich. Wer Problemlösungen mit dieser Sichtweise angeht, kann die Probleme nicht lösen und wird zwangsläufig scheitern.

Und wer die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ als Parole ausgibt, vertritt nicht nur Positionen, die von der CDU grundsätzlich abgelehnt werden, sondern spielt gleichzeitig auch in einer unverantwortlichen Weise mit dem Mandat, welches ihm die Menschen vor wenigen Wochen mit äußerst knapper Mehrheit gegeben haben.

Vertrauen in die Menschen, Werte als Kompass, Wettbewerb um die besten Ideen und Solidarität mit den Schwachen, das sind die Grundlagen des Handelns der CDU. Alle anstehenden Wahlen sind deshalb Richtungsentscheidungen für die Freiheit des Einzelnen und gegen die Bevormundung durch den Staat. Die CDU wird diese Richtungsentscheidung zur grundsätzlichen Auseinandersetzung des Jahres 2003 machen. Der verfehlten Regierungspolitik von Rot-Grün setzt die CDU Deutschlands ihr Programm entgegen. Wir stehen für einen Kurswechsel für Deutschland.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt erstens: weniger Steuern, weniger Abgaben, weniger Staat

Im Zentrum unseres Programms steht das Ziel „3 mal 40“, also Senkung der Steuern, Senkung der Sozialabgaben und eine deutlich reduzierte Staatsquote. Diese Zielsetzung ist und bleibt der Schlüssel für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Bereits ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum bringt Bund, Ländern und Gemeinden etwa 5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen und damit die Chance arbeitsplatzschaffende Investitionen zu tätigen, die ihrerseits zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen.

Die Politik der amtierenden Regierungskoalition wird dieser Zielsetzung nicht gerecht. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden insgesamt 48 Steuererhöhungen in Höhe von fast 70 Milliarden Euro verabredet, die Abgabenlast wurde verschärft, die Neuverschuldung des Staates wurde weiter in die Höhe getrieben. Dagegen wirkt die von der SPD in Aussicht gestellte Entlastung des Mittelstandes um lediglich etwa 35 bis 60 Millionen Euro wie der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein, zumal die grundsätzliche Benachteiligung des Mittelstandes im Steuerrecht nach wie vor nicht beseitigt ist.

Die massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen der rot-grünen Bundesregierung und die nicht enden wollende Diskussion um weitere Steuererhöhungen in den Reihen der SPD haben eine noch nie dagewesene Vertrauenskrise bei Verbrauchern und Investoren verursacht und die Binnenkräfte massiv geschwächt. Deutschland befindet sich inmitten einer Rezession, die durch massive Beschäftigungseinbrüche verschärft wird.

Die CDU lehnt den von Rot-Grün gewählten Weg höherer Steuern und höherer Sozialversicherungsbeiträge ab. Steuer- und Beitragserhöhungen sind keine problemlösenden Antworten auf die strukturellen, ökonomischen, demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die in diesem Jahrzehnt zu bewältigen sind; sie können grundlegende Strukturreformen nicht ersetzen. Steuer- und Beitragserhöhungen stärken den umverteilenden Staat, nicht aber die wesentlich effizienteren

Lösungen, die umzusetzen der Einzelne oder kleine Einheiten viel besser in der Lage sind, sofern man ihnen die notwendigen Freiräume gewährt.

Jetzt geht es darum, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen und den Menschen neue Hoffnung zu geben. Dieser Aufgabe muss durch eine stetige und verlässliche Wirtschafts- Finanz- und Sozialpolitik Rechnung getragen werden.

Die CDU steht für eine verlässliche Finanzpolitik mit Senkungen bei Steuern und Abgaben. Die Wirtschaft muß sich bei ihren Investitionsentscheidungen für einen Zeitrahmen von etwa fünf Jahren auf eine kalkulierbare Höhe der Besteuerung verlassen können; gleiches gilt für die privaten Planungen der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode eine Steuerreform durchsetzen mit einem Eingangssteuersatz von unter 15 Prozent und einem Spitzensteuersatz von unter 40 Prozent. Steuersenkungen und mehr Eigenverantwortung müssen aus Gründen der sozialen Symmetrie in einem zeitlichen Zusammenhang gesehen werden. Ziel der Finanzpolitik muss es sein, die durch falsches Regierungshandeln unvermeidlich gewordene höhere Verschuldung schnellstmöglich zu korrigieren und die Weichen auf Wachstum zu stellen.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt zweitens: weniger Bürokratie und Regulierung

Eine wesentliche Ursache für die derzeitige wirtschaftliche Schwäche Deutschlands ist die im internationalen Vergleich zu hohe Regelungsdichte. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen tragen schwer an der Last gesetzlicher Normierungen. Deutschland braucht mehr Flexibilisierung und Deregulierung. Dazu gehört unter anderem:

- Wir brauchen eine tarifrechtliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraums für betriebliche Bündnisse für Arbeit. Der Betriebsrat muss mit dem Arbeitgeber Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung treffen und dabei auch von einem für das Unternehmen geltenden Tarifvertrag abweichen können. Dazu wird die CDU einen Gesetzentwurf vorlegen.

- Zur Steigerung der Effizienz der Arbeitsverwaltung ist eine Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unerlässlich. Dabei müssen die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen kompensiert werden. Ziel ist eine flexible Förderung der Arbeitssuchenden aus einer Hand unter Nutzung der Kompetenz der Kommunen auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die Nutzung der Kompetenz der Kommunen ist die beste Voraussetzung für die Umsetzung unseres Konzeptes „Fördern und Fordern auf dem Arbeitsmarkt“. Die CDU tritt dafür ein, den Ländern in dieser Hinsicht weitreichende Experimentiervollmachten einzuräumen.
- Der Aufschwung Ost leidet in besonderer Weise unter den Folgen einer zu hohen Regelungsichte. Die CDU hat konkrete Vorschläge vorgelegt, um durch zeitlich befristete Sonderregelungen in den einschlägigen Bundesgesetzen dem Aufschwung Ost neuen Schwung geben zu können. Solche Regelungen könnten auch für Gebiete im Westen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit Geltung finden.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt drittens: verlässliche Rente

Die als „Jahrhundert-Reform“ angekündigte Rentenreform von Rot-Grün ist nach weniger als zwei Jahren überholt. Trotz gestiegener Ökosteuer sind die Rentenbeiträge weiter gestiegen. Es besteht dringender Reformbedarf.

Die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge durch Rot-Grün ist in hohem Maße schädlich für das wirtschaftliche Wachstum und die Einstellungschancen Arbeitssuchender.

Zur Gesundung der Rentenkassen muss möglichst rasch der Trend sinkender Beitragszeiten gestoppt und umgekehrt werden. Es muss erreicht werden, die effektive Lebensarbeitszeit um etwa drei Jahre länger werden zu lassen, ohne die gesetzliche Altersgrenze anzuheben. Dies kann zum einen durch eine Verkürzung überlanger Ausbildungszeiten in Schule und Hochschule erreicht werden, sodass junge Leute

früher als bisher eine beitragspflichtige Berufstätigkeit ausüben können. Wir fordern, dass in ganz Deutschland das Abitur nach zwölfjähriger Schulzeit abgelegt werden kann. Zum anderen muss sich das tatsächliche Renteneintrittsalter wieder stärker dem gesetzlichen Rentenalter annähern. Deshalb tritt die CDU dafür ein, alle Anreize zur Frühverrentung konsequent zu beseitigen.

Darüber hinaus kann die gesetzliche Rentenversicherung nur dann sicher und generationengerecht bleiben, wenn sie wieder um einen demographischen Faktor ergänzt wird. Wir brauchen aber auch für die heute unter 40jährigen ein Altersversorgungssystem, das eine kalkulierbare Grundlage für die Altersvorsorge darstellt. Die heute junge Generation darf nicht einseitig mit hohen Beiträgen belastet werden, ohne auf eine leistungsadäquate Rente im Alter vertrauen zu können.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt viertens: bezahlbare Gesundheit

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung hat sich unter der rot-grünen Bundesregierung deutlich verschlechtert. Den Patienten werden zunehmend Leistungen und Arzneimittel verweigert und bestimmte Behandlungen nur nach längeren Wartezeiten angeboten. Die Zwei-Klassen-Medizin ist in Deutschland bittere Realität geworden.

Die CDU hält an dem Grundsatz fest, dass das, was medizinisch notwendig ist, auch künftig tatsächlich geleistet werden muss.

Ziel der CDU ist es, durch mehr Wettbewerb die Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu verbessern. Nur mit Rationalisierung lassen sich die hier anstehenden Probleme nicht lösen. Notwendig ist eine Konzeption, die verhindert, dass Rationalisierung in eine unsoziale Rationierung von Gesundheitsleistungen umschlägt. Elemente einer solchen Konzeption sind:

- Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung. Wer sich gesundheitsbewußt verhält, wer vorsorgt und wer regelmäßig an ärztlichen Maßnahmen teilnimmt,

muss im Rahmen eines Bonus-Systems belohnt werden.

- Die Verwaltungskosten der Krankenkassen sind innerhalb von vier Jahren um 15 Prozent gestiegen. Die Bürokratisierung und Regelungswut, z.B. die komplizierte Ausgestaltung der Fallpauschalen in den Krankenhäusern und der Chronikerprogramme, haben maßgeblich dazu beigetragen. Eine gründliche Überarbeitung und Vereinfachung ist notwendig.
- Erforderlich ist mehr Transparenz im Gesundheitswesen. Dies kann erreicht werden, indem der Patient über die erbrachten Leistungen einen Kostennachweis erhält. Auch sollte im ambulanten Bereich wahlweise das Kostenerstattungsprinzip statt des Sachleistungsprinzips von den Versicherungen angeboten werden können.
- Die Versicherten müssen mehr Entscheidungsfreiheit über die Konditionen ihrer Versicherung erhalten. Sie müssen auch wählen können zwischen einem großen Leistungsumfang mit entsprechender Beitragshöhe oder einem geringeren Kas senbeitrag mit Selbstbehalt.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt fünftens: Aufbruch in die lernende Gesellschaft

Die Intelligenz unserer Kinder und die gute Ausbildung der Arbeitnehmer sind der einzige Rohstoff, über den wir in Deutschland verfügen. Nach verschiedenen Studien gibt es erhebliche Unterschiede in den einzelnen Bundesländern. Es zeigt sich, dass in unionsregierten Ländern die Schülerinnen und Schülern deutlich besser abschneiden. Deshalb müssen wir unser Bildungssystem so weiterentwickeln, dass es auf allen Ebenen höchste Qualität in Europa bietet. Wir wenden uns gegen jeden Versuch aus ideologischen Gründen, Leistung und eine wertorientierte Erziehung zu diffamieren. Das bildungspolitische Leitbild der CDU ist die lernende Gesellschaft.

Das Leitbild der lernenden Gesellschaft führt zu weitreichenden Konsequenzen für das gesamte Bildungswesen. Erstausbildungsgänge können von unnötigen Speziali-

sierungen entschlackt und verkürzt werden. Weiterbildungsangebote müssen verstärkt berufsbegleitend eingerichtet und nach den unterschiedlichen beruflichen Erfordernissen ausdifferenziert werden. Auch die Hochschulen müssen verstärkt Angebote zur Weiterbildung entwickeln. Die CDU fordert die Schaffung einer „Stiftung Bildungstest“, die für Transparenz, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung sorgt.

Die CDU tritt ein für mehr Wettbewerb und Leistungsvergleich zwischen den Schulen aller Schulformen. Sie sollen ein jeweils eigenes Profil ausbilden können, indem ihnen die Budget-, Personal- und Organisationshoheit übertragen wird.

Hochschulen müssen künftig mehr einem Unternehmen als einer Behörde ähneln. Sie müssen stärker wettbewerbsorientiert arbeiten; dafür müssen sie größere Gestaltungsspielräume erhalten. Das Hochschuldienstrecht muss leistungsorientierter gestaltet werden. Das Abitur soll die grundsätzlich notwendige Voraussetzung für den Hochschulzugang bleiben. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen soll abgeschafft und durch leistungsorientierte Zulassungsverfahren an den Hochschulen selbst ersetzt werden.

Ein grundsätzliches Verbot von Studiengebühren lehnt die CDU ab; für Langzeitstudenten müssen solche Gebühren bundesweit eingeführt werden. Darüber wollen wir Modelle entwickeln, durch die BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Gebühren sinnvoll kombiniert werden.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt sechstens: Gerechtigkeit für Familien

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgetragen, bis zum Jahr 2002 eine durchgreifende Verbesserung der Familienförderung umzusetzen. Die rot-grüne Bundesregierung ist dieser Pflicht bisher nicht nachgekommen; sie läßt auch nicht erkennen, dass Familien mit Kindern in absehbarer Zeit eine spürbare Verbesserung ihrer finanziellen Situation erwarten können.

Die CDU wird deshalb in dieser Legislaturperiode eine parlamentarische Initiative starten mit dem Ziel, eine neue Familiengerechtigkeit beim Umbau von Steuern und sozialen Sicherungssystemen zu erreichen. Am Konzept des Familiengeldes halten wir langfristig als Voraussetzung für mehr Wahlfreiheit fest.

Wir treten ein für eine deutliche Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur für Familien, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, damit Eltern Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Alle Grundschüler sollen mindestens halbtätig an ihrer Schule bleiben können, auch bei Unterrichtsausfall. Neben Betreuungsangeboten an Schulen unterstützt die CDU auch andere Formen der Betreuung, z.B. Krippenplätze, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter sowie Kindergärten und Horte freier Träger mit flexiblen Öffnungszeiten. Wenn Kinderbetreuung mehr sein soll als uniforme Kinderverwahrung, brauchen wir ein reichhaltiges Angebot vielfältiger pädagogischer Konzepte. Deshalb soll Kinderbetreuung nicht ausschließlich an staatlichen Schulen angeboten werden.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt siebentens: Sicherheit für alle Bürger

In Fragen der inneren und äußeren Sicherheit der Menschen in Deutschland kann niemand einen schwachen Staat wollen. Die Bürger haben Anspruch auf einen Staat, der dem Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus nicht nur hohe Priorität einräumt, sondern der auch stark genug ist, seine Bürger umfassend und wirkungsvoll zu schützen sowie die Bündnisfähigkeit Deutschlands sicherstellt.

Neue Formen des international operierenden Terrorismus lösen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend auf. Dies muss zur Folge haben, dass die herkömmliche Organisation der Zuständigkeiten und des Zusammenwirkens von Polizei, Bundesgrenzschutz, Generalbundesanwalt, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und im Einzelfall auch der Bundeswehr angesichts der veränderten Bedrohungslage neu gestaltet und damit auf neue Sicherheitsanforderungen hin orientiert wird. Die Arbeitsweisen des Zivil- und Katastrophenschutzes sind grundlegend zu überarbeiten.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt achtens: Zuwanderung begrenzen - Integration fördern und fordern

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass das rot-grüne Zuwanderungsgesetz verfassungswidrig und damit nichtig ist. Rot-Grün kann sein unzureichendes Zuwanderungsgesetz gegen die Union nicht durchsetzen.

Die CDU bietet der Bundesregierung bei der gesetzlichen Neuregelung der Zuwanderung nach Deutschland ihre konstruktive Kooperation an. Dabei gelten für die CDU folgende Kernforderungen:

- Das neue Gesetz muss die Zuwanderung wirksam begrenzen. Der Anwerbestopp darf nicht aufgehoben werden.
- Die Zuwanderung in die Sozialsysteme muss reduziert werden. Dem Mißbrauch des Asylrechts ist konsequent entgegenzuwirken.
- Zuwanderung kann es nur für hochqualifizierte Fachkräfte geben, die am deutschen Arbeitsmarkt nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.
- Integration der hier lebenden Ausländer hat Vorrang vor weiterer Zuwanderung. Das neue Gesetz muss diese Integration fördern und fordern.
- Im Interesse der Kinder ausländischer Zuwanderer muss das Nachzugsalter deutlich herabgesetzt werden.
- Illegale Zuwanderer dürfen kein Daueraufenthaltsrecht durch Zeitablauf erhalten.
- Rechtskräftig verurteilte ausländische Straftäter müssen auch gegen ihren Willen zur Strafverbüßung in ihr Heimatland überstellt werden können.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt neuntens: verlässliche Politik im deutschen Interesse

Die CDU begrüßt die Aufnahme weiterer europäischer Staaten in die Europäische Union. Diese Entwicklung wird sich mittel- bis langfristig als Gewinn auch für Deutschland erweisen. Neben der Erweiterung muss der Prozess der Vertiefung vorangebracht werden. Dabei muss es auch die Möglichkeit geben, verschiedene Entwicklungsgeschwindigkeiten zuzulassen.

Die CDU ist zutiefst davon überzeugt, dass sich die Grenzen Europas nicht beliebig verschieben lassen. Deshalb hält sie es für einen gravierenden politischen Fehler, dass die Bundesregierung der Türkei eine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union zu eröffnen bereit ist. Das Staatsgebiet der Türkei liegt weit überwiegend außerhalb der historisch gewachsenen Grenzen Europas. Die gemeinsame historische, kulturelle und philosophisch-religiöse Tradition unseres Kontinents, die die Identität Europas begründet, ist der Türkei fremd.

Eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union würde die Integrationskraft Europas sprengen und die Akzeptanz der Bevölkerung in Europa überfordern. Am Ende einer solchen Entwicklung besteht für die Europäische Union die Gefahr der Rückentwicklung zu einer Freihandelszone.

Mit der Resolution 1441 vom 8. November 2002 hat der UN-Sicherheitsrat dem irakischen Diktator Saddam Hussein eine letzte Chance eingeräumt, die Massenvernichtungswaffen des Irak offenzulegen und abzurüsten. Die Bundesregierung steht in der Gefahr, unser Land durch eine völlig unklare und in keiner Weise kalkulierbare Position in eine ernsthafte internationale Isolierung zu führen mit allen schwierigen Folgen für das Ansehen Deutschlands in der Welt und den daraus sich ergebenden negativen wirtschaftlichen Konsequenzen. Die vom Irak und seinem Diktator ausgehende ernsthafte Gefahr für den Frieden in der Region wie weltweit kann nicht mehr ernsthaft bestritten werden. Die CDU vertritt deshalb den klaren und eindeutigen Standpunkt, dass Deutschland alle völkerrechtlich abgesicherten Maßnahmen unterstützen muss, durch die die vom Irak ausgehende Gefährdung eingegrenzt und beseitigt werden kann.

Kurswechsel für Deutschland

Das heißt: CDU stark machen!

Wer von den Bürgern ein Regierungsmandat erhält, steht ihnen gegenüber in der Pflicht. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft unseres Landes. Die CDU steht für ein zukunftsfestes Politikangebot in Bund, Ländern und Gemeinden. Wir entwickeln die Soziale Marktwirtschaft weiter und verfügen somit über das Gegenkonzept zur SPD, die mit Staatsgläubigkeit und Zentralismus versucht, unser Land zu lenken.

Die starke Rolle der CDU im Bundesrat gibt uns die Möglichkeit über die Gesetzgebung von Rot-Grün zu wachen und eigene Konzepte einzubringen. Deshalb gilt: Je stärker die CDU, desto besser für Deutschland.

Der Bundesvorstand der CDU unterstützt die Landesverbände Hessen und Niedersachsen mit Roland Koch und Christian Wulff an der Spitze im Landtagswahlkampf. Mit zwei Siegen bei den anstehenden Wahlen wollen wir die Auseinandersetzung mit der SPD um den richtigen Kurs für Deutschland gestärkt fortsetzen. Insofern sind die Landtagswahlen auch eine Volksabstimmung für eine politische Umkehr in Berlin. Die Menschen in Hessen und Niedersachsen haben die Möglichkeit, die CDU bei ihrem Kampf für einen Kurswechsel für Deutschland zu unterstützen.